

Malu Dreyer

Rede anlässlich der 67. Bitburger Gespräche in Mainz zum Thema „Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – Stand und Perspektiven“

Vortrag im Rahmen der 67. Bitburger Gespräche

Mainz, 11. / 12. 01. 2024

Einen schönen guten Morgen meine sehr geehrten Herren und Damen,
lieber Herr Professor Winterhoff,
lieber Herr Professor Raab,
lieber Herr Präsident Brocker,
aber auch alle Ehrengäste und alle, die heute hier versammelt sind zu diesem wichtigen Thema.

Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird eines der maßgeblichen medienpolitischen Themen des Jahres 2024 sein. Dabei geht es nicht nur um den Rundfunkbeitrag, sondern um unsere Demokratie und wie und welche Medien die Bürgerinnen und Bürger mit Informationen, Kultur, Bildung und Beratung erreichen. Daher freue ich mich sehr über die Gelegenheit, bei dieser sehr hochkarätigen Veranstaltung zu diesem Thema sprechen zu können.

Mein ausdrücklicher Dank gilt den Veranstaltern und den Referentinnen und Referenten der diesjährigen Bitburger Gespräche. Sie haben bereits seit gestern die Thematik sehr vielfältig und von mehreren Seiten beleuchtet. Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt ist als Ort für medienpolitische und medienrechtliche Diskussionen sehr gut geeignet, denn Rheinland-Pfalz ist ein Medienland. In Rheinland-Pfalz haben wir schon immer die Zukunft der Medien vorgedacht und mitgestaltet. Vor 40 Jahren startete hier der private Rundfunk in Deutschland und damit wurde der Startschuss für das duale Rundfunksystem gegeben. Mit der Fusion aus Saarländischem Rundfunk (SR) und Südwestfunk (SWF) zum heutigen Südwestrundfunk (SWR) haben wir bereits in den 1990er-Jahren viele der Fragen adressiert, die auch heute bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks relevant sind. Funk und ARD-Online haben hier bei uns in Mainz ihre Heimat gefunden. Mit der *Content Convention*, kurz *ConCon* - die im letzten November bereits zum fünften Mal sehr erfolgreich stattfand – haben wir einen maßgeblichen Think-Tank für die Zukunft der Medien entwickelt. Insofern glaube ich, gibt es eigentlich keinen besseren Standort als hier in Mainz, um über dieses wichtige Thema zu sprechen und ich freue mich, dass Sie dies hier auch tun.

Wir haben in Deutschland eine der vielfältigsten Medienlandschaften in Europa, wenn nicht weltweit. Presse, öffentlich-rechtliche und private Medien tragen dazu gleichermaßen bei.

Dass wir diese freien und unabhängigen Medien für das Funktionieren unserer Demokratie brauchen, wird gerade in Zeiten der Krise und auch beim Blick auf andere Nationen sehr deutlich. Demokratie braucht unabhängige Medien.

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben uns sehr eindrücklich vor Augen geführt, wie gefährdet freie und unabhängige Berichterstattung auch in Europa ist. Wenn wir uns heute in Europa umschauen, sehen wir, wie der Populismus um sich greift. In Ungarn und auch in Polen können wir klar erkennen, dass das Ziel populistischer und rechtspopulistischer Parteien immer auch die Einschränkung von Meinungsfreiheit und Medienvielfalt ist. Erfreulicherweise haben sich in Polen die Bürger und Bürgerinnen bei der letzten Wahl anders entschieden. Ob der dort einmal eingeschlagene Weg zurück ohne weiteres gelingt, das wird noch eine sehr spannende Frage. Auch in Deutschland erleben wir aktuell massive Veränderungen – gesellschaftlich, politisch und technisch –, die sich auch auf die Medienlandschaft auswirken. Ich halte es daher für sehr sinnvoll und wichtig, frühzeitig auf gesellschaftliche und politische Tendenzen und Entwicklungen zu achten und zu reagieren.

Diese Veränderungen und Transformationen in gesellschaftlicher und technischer Art stellen alle Medien – private wie öffentlich-rechtliche, Presse wie Rundfunk – vor große Herausforderungen. Sie müssen ihre Angebote anpassen, um weiterhin Nutzerinnen und Nutzer mit ihren Inhalten zu erreichen. Wir als Medienpolitiker und Medienpolitikerinnen setzen hierfür den gesetzlichen Rahmen. Aktuell passen wir ihn zum Beispiel auf mehreren Ebenen an, zum Beispiel mit dem European Media Freedom Act (EMFA) und dem Medienstaatsvertrag. Aber natürlich müssen die Medienunternehmen selbst diesen Prozess auch intern vorantreiben.

Die Bedeutung hochwertiger Medien ist trotz der veränderten Rahmenbedingungen unverändert sehr hoch. Qualitätsmedien in Deutschland sollten sich daher zum Beispiel darüber Gedanken machen, wie sie durch neue Formen der Kooperation die Menschen erreichen und ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen können. Sie sollten sich in dieser gesellschaftlich hoch bedeutsamen Frage nicht als Gegner, sondern vielmehr als Verbündete sehen, die sich mit ihren Angeboten im Wettbewerb gegen eine Vielzahl internationaler Anbieter behaupten müssen. Die Zeiten, in denen öffentlich-rechtliche und private Medien bei ihrer Strategie, Nutzer zu erreichen, gegeneinanderstehen, sind insoweit vorbei. Wir sind in einem neuen Zeitalter angekommen, das Transformation auf vielen Ebenen erfordert. Die Transformation der Qualitätsmedien beinhaltet eben auch die Frage, ob und wie sie die Medienvielfalt besser gemeinsam und durch das Eingehen von Bündnissen und Kooperationen vermitteln können. Die Konkurrenz in Deutschland selbst scheint mir vor diesem Hintergrund nicht das entscheidende Problem zu sein.

Wir in Deutschland können gemeinsam stolz auf unsere Qualitätsmedien sein. Wir müssen dennoch mit Sorge sehen, dass die Verbreitung von Desinformationen, wie wir sie beispielsweise bei dem Angriff der Hamas auf Israel etwa auf der Plattform *TikTok* erlebt haben, die Demokratie auch in unserem Land gefährdet. Bewusste Falschbehauptungen, gezielte Kampagnen sogar, gehörten schon immer zum Standardrepertoire der Populisten. In Deutschland greift vor allem die Rechte, die AfD, auf gezielte Desinformationen zurück, um die Gesellschaft auseinanderzudividieren. Durch die neuen Medien erhalten sie leicht zugängliche Plattformen, über die sie die Falschmeldungen und Deepfakes und ähnliches in einer Geschwindigkeit zur Verbreitung bringen, dass man eigentlich nicht mehr aus dem Staunen herauskommt.

Die Bürger und Bürgerinnen erwarten zu Recht, dass wir sie mit dem Umgang mit Desinformationen nicht alleine lassen. Grundvoraussetzung für demokratischen Diskurs ist schließlich eine fundierte Meinungsbildung. Deshalb müssen wir auf die Verbreitung von Desinformationen gemeinsam regulatorische sowie inhaltliche Antworten finden. Durch die Verordnung des Digital Services Act (DSA) auf europäischer Ebene haben wir hier regulatorisch bereits einen wichtigen Schritt getan und auch im Medienstaatsvertrag haben wir zum Beispiel mit der Kennzeichnungspflicht für Social Bots einige Vorkehrungen auf gesetzlicher Ebene geschaffen.

Dass wir vor diesem Hintergrund für den Erhalt unserer vielfältigen Medienlandschaft weiterhin einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk brauchen, steht für mich außer Frage. Ebenso klar

ist für mich, dass er grundlegend reformiert werden muss, um seine gesellschaftliche Funktion auch in Zukunft zu erfüllen.

Für diese Reform haben wir Länder uns viel vorgenommen – und wir haben auch schon einiges geschafft. Mit dem Vierten Medienänderungsstaatsvertrag, der am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist, haben wir schnell und eindeutig auf die Vorkommnisse beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) und in anderen Rundfunkanstalten reagiert. Wir haben klare und hohe Standards für Compliance, Transparenz und Gremienkontrolle geschaffen, die nun für den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk gelten.

Mit dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag, der im Juni 2023 in Kraft getreten ist, haben wir dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Weg zu mehr Digitalisierung geebnet, ihm mehr Flexibilität bei der Wahl seiner Verbreitungswege eröffnet. Wir erwarten von den öffentlich-rechtlichen Sendern ganz klar, dass sie diese neuen Möglichkeiten im Sinne der Bürgerinnen und Bürger nutzen. Wir verpflichten die Anstalten zudem zu mehr Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern und auch mit den Gremien.

Wir alle sollten uns in diesem Reformprozess bewusst sein: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wie wir ihn kennen, ist ein Privileg und er ist eine Notwendigkeit. Das ist nicht lapidar. Es war die schreckliche Erfahrung einer Diktatur, des grausamsten Kapitels in unserem Land, die zu der sehr bewussten Entscheidung geführt hat, ein Rundfunksystem zu etablieren, das unabhängig agieren kann. Und in dem es nicht von der Willkür des Staates abhängig ist, ob Finanzen zur Verfügung stehen, um hochwertige Informationsangebote zu produzieren. Das Privileg der gemeinschaftlichen Finanzierung verpflichtet den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zugleich zu einem besonders verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit seinen finanziellen Mitteln.

Gleichzeitig müssen wir uns heute auch fragen, wie die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks trotz neuer politischer Verhältnisse garantiert werden kann. Als Politikerin füge ich hinzu: Es darf nicht sein, dass die politischen Akteure, die freie Medien als störend empfinden oder diese begrenzen wollen, in den Länderparlamenten eine Mehrheit erhalten.

Es ist unser Ziel, dass wir durch Stärkung der Qualität und einen effizienteren Einsatz von Beitragsmitteln für mehr Akzeptanz für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sorgen.

In der öffentlichen Diskussion um die gesellschaftliche Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reduziert sich die Debatte häufig auf die Höhe des Rundfunkbeitrags. Zweifellos ist die Höhe des Rundfunkbeitrags nicht unwichtig, sie darf aber nicht der bestimmende Ausgangspunkt der Debatte sein. Der Rundfunkbeitrag folgt dem Auftrag.

Bei der aktuellen Reform von ARD, ZDF und Deutschlandradio geht es für mich um deutlich mehr als den Rundfunkbeitrag und die nächste Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Es geht darum, heute den Grundstein für den digitalen öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Zukunft zu legen.

Wir haben ein wunderbares System der Beitragsfinanzierung und –festsetzung. Ich wünsche mir wirklich sehr, dass wir irgendwann wieder zu dem Punkt kommen, dass die KEF nicht schon kommentiert wird bevor sie eigentlich was gesagt hat, sondern dass wir einfach dieses Verfahren einhalten.

Nach dem jetzigen Verfahren ist für eine Anpassung des Rundfunkbeitrags die einstimmige Entscheidung von 16 Bundesländern erforderlich - das ist sehr schwierig. Sie alle wissen: Die letzte Beitragserhöhung war nicht konsensfähig, die Landtage haben nicht alle mitgemacht. Daher gingen die öffentlich-rechtlichen Sender vor das Bundesverfassungsgericht. Und das Bundesverfassungsgericht machte das, was eigentlich Exekutiven und Legislativen zu tun haben. Das darf natürlich kein Dauerzustand werden. Und deshalb beschäftigen wir uns auch mit der Frage, ob die bisherigen Verfahren eigentlich noch praxistauglich sind. Wie ist es mit der Beitragsfestsetzung in der Zukunft? Stichworte wie „Teilindexierungs- oder Rationalisierungsmodelle“ sind Überlegungen, über die wirklich auch offen diskutiert werden muss, damit man perspektivisch möglicherweise auch zu anderen Lösungen kommt.

Die Rundfunkkommission der Länder wird mit ihren Reformvorschlägen mehr umfassen als nur den Rundfunkbeitrag. Für mich persönlich sind in dieser Reform drei Themen von besonderer Bedeutung:

Das ist erstens, dass es mehr Angebote für junge Menschen geben muss, dass es zweitens mehr Innovation geben muss und drittens auch mehr Zusammenarbeit. Ich gehe kurz auf die drei Punkte nochmal ein.

Eine der entscheidenden Zukunftsfragen ist, wer morgen und übermorgen die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks konsumiert und ob auch die jungen Leute dabei sind. Die Zielgruppen von KiKA und funk, den beiden jungen Angeboten von ARD und ZDF, umfassen heute fast 30 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Ihr Budget macht jedoch unter 1,4 Prozent des Jahresbudgets des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus. Wer die jungen Menschen in Zukunft besser erreichen will, muss deshalb einen Fokus auf die jungen Angebote, insbesondere bei funk und KiKA legen und diese finanziell besser ausstatten. Um dies zu erreichen, sind verschiedene Steuerungsinstrumente möglich. So könnte zum Beispiel die Budgethoheit einschließlich der Verantwortung für die Bedarfsanmeldung direkt bei den jungen Gemeinschaftsangeboten verortet werden. Auch die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien muss unter diesem Aspekt geprüft werden. Derzeit sind Vertreterinnen und Vertreter der jüngeren Zielgruppen nur in sehr geringer Zahl vertreten. Dabei sind zum Beispiel Impulse und Perspektiven junger Familien, von Studierenden und Auszubildenden sehr wichtig für eine ausgewogene Programmgestaltung. Hier sind sowohl die Gesetzgeber als auch die entsendenden Institutionen gefragt, einen Wandel herbeizuführen.

„Mehr Innovation“ bedeutet für mich: Wir sollten ARD, ZDF und Deutschlandradio breiter denken als Fernsehen, Radio und Mediatheken. Wir sollten uns viel stärker zielorientiert fragen: Wie kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch besser der Demokratie und der Gesellschaft helfen? Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte zum Beispiel deutlich stärker mit Schulen, Universitäten und Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten und Bildungsinhalte für den Unterricht verfügbar machen. Heute wird anders gelernt. Dabei spielen auch Games eine große Rolle. Derzeit sind die Möglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgrund der Vorgaben des Medienstaatsvertrages sehr begrenzt. Angesichts der großen Bedeutung, die das Gaming mittlerweile für große Teile der Bevölkerung hat, müssen wir überlegen, wie wir dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk diesen Weg zur Erfüllung seines Auftrags eröffnen. Dort, wo öffentlich-rechtliche Spiele im Rahmen des gegebenen Rahmens angeboten wurden und werden, war und ist die Resonanz durchaus positiv. Es gibt zarte Pflänzchen – da funktioniert das auch schon ganz gut – aber die Pflänzchen sind zu zart aus meiner Sicht. Wir müssen da auch noch stärker in diesem inhaltlichen Punkt und im Bereich Innovation unterwegs sein, um genau bei den Bildungsinstitutionen zu sein, die eben auch ganz entscheidend dafür sind, wie Gesellschaft sich weiterentwickelt.

Auch technisch muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk Vorreiter sein. Alle Medieneinrichtungen nutzen inzwischen Künstliche Intelligenz (KI). Hier braucht es ein öffentlich-rechtliches Wertesystem für deren Nutzung. ARD, ZDF und Deutschlandradio könnten mit Grundlagenforschung und Modellprojekten für den Einsatz von KI im Journalismus einen Mehrwert für die gesamte Branche schaffen.

Die Öffentlich-rechtlichen müssen schneller werden. Die Plattformstrategie wird zu langsam entwickelt. Sie sollten die öffentlich-rechtlichen Partner in Europa einbeziehen und ein gemeinsames öffentlich-rechtliches Plattformsystem anbieten, das der Gesellschaft kreative und publizistische Vielfalt ohne Monetarisierungsinteressen zugänglich macht.

Mein letzter Punkt ist mehr Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten. Wenn wir dabei über schlankere Strukturen sprechen, dann ist das kein Selbstzweck. Es geht darum, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine echte Veränderungsdynamik zu erzeugen. Wir wollen Synergien heben und die anstaltsübergreifende Zusammenarbeit zum Regelfall machen. Mehrfachstrukturen sollen durch Kompetenzzentren und *Shared Services* ersetzt werden. Dabei sind auch die inhaltlichen

Profile von ARD und ZDF klarer zu definieren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss seinen Auftrag erfüllen, das ist klar. Doch dafür muss nicht immer jeder alles machen. Zusammenarbeit und Synergien sollen auch Freiräume schaffen. Freiräume für Innovation, für Überraschung und Kreativität. Hier kann und soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk meines Erachtens die Möglichkeiten, die ihm die gemeinschaftliche Finanzierung eröffnet, mutiger nutzen.

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung des dualen Systems müssen wir uns selbstverständlich auch kritisch mit den Maßstäben für kommerzielle Tätigkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auseinandersetzen. Hier appelliere ich an alle – die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien und auch die Verleger: Reden Sie miteinander, finden Sie gemeinsame zukunftsfähige Konzepte – Qualitätsmedien und Medienvielfalt sind wichtiger denn je!

Die Rundfunkkommission der Länder geht die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sehr entschlossen an. Bereits im letzten Jahr wurden Reformfelder festgelegt. Zu diesen zentralen Reformfeldern wurden im Laufe des letzten Jahres konkrete Regelungsvorschläge entwickelt, die nunmehr politisch bewertet und geeint werden sollen.

Der von der Rundfunkkommission als unabhängiges Gremium eingesetzte Zukunftsrat wird in der kommenden Woche seine Vorschläge für eine längerfristige Perspektive des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorlegen. Und schließlich wird die KEF im Februar ihren Bericht mit einer Empfehlung zur Beitragshöhe vorlegen. Die Rundfunkkommission wird diese Prozesse zusammenführen und in ihre weiteren Entscheidungen einbeziehen.

Die Frage, welchen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wir in Zukunft brauchen werden, ist für mich eine Frage mit Bedeutung für die gesamte Gesellschaft. Ich kann Ihnen nur versichern, wir werden intensiv daran arbeiten, dass die Reformprozesse gelingen werden und das wir am Ende sagen können, wir haben einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wir haben eine Medienlandschaft, die miteinander kooperiert, und die für eines steht, und zwar gemeinsam: für Medienfreiheit und für Medienvielfalt. Und auch als Gegenpol gegen all das, was wir zurzeit erleben: Desinformation, Deepfakes und Manipulationen. In dem Sinne freue ich mich auf die weiteren Diskussionen und freue mich sehr, dass die Bitburger Gespräche sich mit diesem sehr wichtigen, auch Demokratie-entscheidenden Thema befassen.

Herzlichen Dank.